

WORKING PAPER

DAS VIRUS, DIE KRISE UND DIE RHETORIK DES STARKEN STAATES

Mai 2020

DAS VIRUS, DIE KRISE UND DIE RHETORIK DES STARKEN STAATES

Sandro Liniger

ABSTRACT

Die Erzählung von der «Rückkehr des (starken) Staates» ist eines der zentralen Narrative im derzeitigen Corona-Diskurses. Doch was hat es mit dieser Rhetorik genau auf sich? Wie lässt sich das Regierungshandeln, dem wir gegenwärtig unterworfen sind, deuten? Erleben wir etwa eine Rückkehr des interventionistischen Staates der Nachkriegszeit?



The state is back!

«The virus means the big state is back!» So titelte der britische Economist am 21. März 2020 im Zusammenhang mit den massiven staatlichen Interventionen zur Abfederung der unmittelbaren sozialen und ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie. Nach Jahren der Austerität und des Rückzugs staatlicher Souveränität zugunsten der freien Entfaltung der Marktkräfte, so die Argumentation, kehre der Staat in Zeiten von Corona mit Wucht in die Arena des Politischen und Ökonomischen zurück. Nicht nur der Economist stellt eine «Rückkehr des starken Staates» fest, auch weniger wirtschaftsliberale Medien und Kommentator*innen dies- und jenseits des Atlantiks teilen das Verdikt. Die Erzählung von der «Rückkehr des (starken) Staates» ist eines der zentralen Narrative im derzeitigen Corona-Diskurses. Doch was hat es mit der Rhetorik der «Rückkehr des starken Staates» genau auf sich? Wie lässt sich das Regierungshandeln, dem wir gegenwärtig unterworfen sind, deuten? Erleben wir tatsächlich die Rückkehr des interventionistischen Staates der Nachkriegszeit?

Auf den ersten Blick scheint die Rede von der Rückkehr des starken Staates plausibel zu sein: Regierungen rufen den Ausnahmezustand aus, verordnen Grenzschliessungen und betreiben eine Notstandspolitik, die tief in das alltägliche soziale, politische und wirtschaftliche Leben der Menschen eingreift; sie beschliessen astronomische Rettungspakete zur Stützung der Wirtschaft (Kreditsicherung, Soforthilfe für Unternehmen und Selbständige etc.) und erklären kurzerhand geld- und steuerpolitische Prinzipien für obsolet (Defizitregeln, Fiskal- und Schuldenpakt), die seit Jahren als sakrosankt galten. Zugleich wird wieder allenthalben offen über staatliche Markteingriffe diskutiert, die bisher angesichts des Primats einer neoliberalen Governance als undenkbar galten: In der Schweiz wird über eine mögliche Teil-Verstaatlichung der Fluggesellschaft SWISS oder von Pharma-Konzernen diskutiert, in Frankreich erklärt Präsident Emmanuel Macron das Gesundheitswesen zum zentralen Pfeiler einer staatlichen Grundversorgung, in Spanien werden privaten Kliniken und Labors kurzerhand unter staatliche Kontrolle gestellt, in den USA wird auch unter Republikanern über die Vorzüge einer Gemeinwohlökonomie debattiert, etwa darüber, private Firmen zur Produktion von wichtigen medizinischen Gütern (Masken, Schutzkleidung, Desinfektionsmittel, Beatmungsgeräte) zu zwingen, und in Grossbritannien erklärt ein Tory-Minister, dass die Regierung von Boris Johnson gerade grosse Teile des Labour-Manifests von Jeremy Corbyn umsetze. Das Credo vieler Regierungen lautet ganz unverhohlen: «Embrace socialism to save the free market»!

Der Vorstellung einer Rückkehr des Staates zugrunde liegt ein Denken, das auf dem Gegensatz oder Spannungsverhältnis zwischen Staat und Markt, Politik und Wirtschaft, beruht und das ideengeschichtlich auf die Morallehren eines Adam Smith und David Ricardo der zweiten 18. Jahrhunderthälfte zurückgeht. Nur das freie Spiel der Marktkräfte (Freihandel und freies Unternehmertum), so erklären

uns die Markt-Apologeten bis heute, garantiere das Wohl aller. Durch die glückliche Verknüpfung von Angebot und Nachfrage ergebe sich das allgemeine Wohl auf dem Markt von selbst, unabhängig davon, welches Übel man auf den Märkten treibe. Der Staat, der als Gegenspieler des Marktes gesehen wird, habe sich aus dem freien Spiel der Marktkräfte herauszuhalten, seine Rolle sich auf die passive Stimulation von Reichtümern und Produktionen zu beschränken.

Die notorische Gegenüberstellung von Wirtschaft und Politik, von Staat und Markt, das haben in den letzten Jahren sozial- und kulturwissenschaftliche Arbeiten wiederholt dargelegt, erweist sich als Legende des Liberalismus. Sie reicht nicht hin, um die Gestalt moderner Machtausübung zu fassen. So beschreibt etwa der Philosoph und Kulturwissenschaftler Joseph Vogl in seinen Arbeiten zur Genese des modernen Finanzsystems das gegenwärtige Wirtschaftsregime als ein engmaschiges Konglomerat aus staatlichen Organen, Notenbanken, internationalen Organisationen, Verträgen und privilegierten Privatunternehmen, als ein Ensemble aus öffentlichen, halb privaten und privaten Akteuren. Die Effizienz moderner Finanzmärkte, so Vogl, zeichne sich gerade dadurch aus, dass staatliche, überstaatliche und finanzwirtschaftliche Agenturen eine hohe Organisationsdichte herstellen und einander mit ihren Aktivitäten wechselseitig ergänzen und durchdringen würden. Entsprechend solle man heute nicht von «freien» oder «unregulierten» Märkten sprechen, sondern vielmehr von einem «regulativen Kapitalismus».

Wie ein solcher «regulativer Kapitalismus» funktioniert, zeigt die Herkunft des gegenwärtigen Finanzsystems, das erst durch die staatlichen Deregulierungsprozesse der letzten Jahrzehnte ermöglicht wurde. So kann man sich an die heftigen staatlichen Interventionen der 1970er (Thatcher, Reagan, Pinochet) erinnern, mit denen eine hochgerüstete Staatsgewalt die Fundamente für die Finanzialisierung moderner Volkswirtschaften und die Entstehung so genannter «Eigentümergeellschaften» gelegt hat – Kampf gegen die Gewerkschaften, in den USA die Fluglotsen, in Großbritannien die Bergarbeiter, neue Steuerprivilegien, Privatisierungen, Liberalisierung der Finanzmärkte, Austeritätspolitik. Man denkt an die 1992 erfolgte Freigabe des World Wide Web für Finanztransaktionen, an die Senkung von Unternehmens- und Körperschaftssteuern, an die Arbeitsmarktreformen in den frühen 2000ern (Schröder, Blair, Zapatero, Clinton etc.) oder an die massiven staatlichen Eingriffe zur Rettung der Banken im Jahr 2007/08, durch die Schulden privatisiert und die Kosten via Staatsverschuldung dem Steuerzahler aufgebürdet wurden.

Damit wird deutlich, dass die Rede von der Rückkehr des starken Staates der Dynamik der Regierungspraxis im jüngsten Corona-Krisengeschehen nicht gerecht wird. Was wir erleben, ist nicht die Rückkehr des regulierenden Staates, vielmehr haben die Regierungen der westlichen Staaten mit ihrer interventionistischen Politik, ihrer «wirtschaftlichen Staatskunst» (Hillary Clinton) der letzten Jahrzehnte genau jenen Umbau unserer Gesellschaften zu «marktkonformen Demokratien» (Angela Merkel) forciert, der einen grossen Anteil am derzeitigen sozialen und ökonomischen Notstand hat. Anders gesagt: Der Staat war immer da, aber nicht unbedingt zum Wohle der Mehrheit der Menschen, sondern zum Vorteil des Ka-

pitals und der Kapitaleigner. Wie also lässt sich die Rolle des Staates und der nationalen Regierungen in der derzeitigen Krise deuten? Warum scheint es so, als würden wir derzeit eine «neue Akzeptanz von Staatlichkeit» (Heinz Bude) erleben? Die Krise, so lässt sich derzeit allenthalben beobachten, ermöglicht es den Regierenden zunächst, sich als nationale Retter, als entschlossen handelnde Leader und besorgte Hirten ihres Volkes zu inszenieren und die zerstrittenen Gesellschaften so zu einen. Ob in Italien, wo ein Aussenseiter wie Premier Giuseppe Conte die Parteien und das Volk hinter sich scharft und Matteo Salvini zum lästigen Störenfried degradiert, in Frankreich, wo ein von sozialen Bewegungen (Gilets Jaunes) und gesellschaftlicher Opposition (Rentenreform) geschwächter Präsident sich als väterlich-fürsorglicher Krisenmanager zu inszenieren vermag, in Chile, wo sich Präsident Sebastián Piñera mittels strenger Corona-Massnahmen Luft von den Masseprotesten im Land verschafft oder im Libanon, in Ungarn, Polen, Israel oder Grossbritannien, wo Regierungen die Notlage dazu nutzen, ihre Position zu festigen und ihre Macht weiter auszubauen. Selbst Donald Trump erlebt, kaum zu glauben angesichts seines eklatanten Versagens, ein Hoch: Seine Zustimmungswerte sind zu Beginn der Pandemie auf über 60% gestiegen, der höchste Wert seit einem Jahr. Und auch in der Schweiz hat die Corona-Krise das politische Machtspiel kurzerhand beendet. Während der Bundesrat allein regiert, wurde das Parlament in die Ferien geschickt. Wer etwa spricht momentan noch von den Grünen? Eine der wenigen Verliererinnen auf internationalem Parkett scheint bisher die spanische Regierung zu sein, wo Präsident Pedro Sánchez eine wenig souveräne Rolle in der Krise spielt und zunehmend unter Druck gerät.

In Corona-Zeiten, so das Zwischenfazit, erleben wir weniger die Rückkehr von big government, sondern sehen vielmehr Regierungen, die sich im Namen der Gesundheit und der Nation ihrer Autorität gegenüber ihrer Bevölkerung vergewissern – ein Mechanismus, der den Effekten des Krieges ähnelt und zum Teil, wie in Frankreich, den USA oder Österreich, auch in seiner Rhetorik präsentiert wird. Macron und Co. ziehen die Menschen mit ihrer Notstandspolitik in ihren Bann und stabilisieren so – zumindest temporär – ihre Macht.

«There is no such thing as a truly natural disaster» (David Harvey)

Dass Bürger*innen gerade jenen Regierungen in Italien, Griechenland, Deutschland, Spanien, Grossbritannien oder in den USA für ihre Notstandsmassnahmen und Wirtschaftshilfen applaudieren, die in den letzten Jahren den Ab- und Umbau des Sozialstaates rücksichtslos vorangetrieben haben, mutet zumindest widersprüchlich an. Die Austeritätspolitiken (Null- und Niedrigzinspolitik, Steuersenkungen, Privatisierungen etc.) der letzten zwanzig Jahre, so scheint deutlich geworden zu sein, haben einen entscheidenden Anteil an der derzeitigen sozialen und ökonomischen Notlage. Dass Intensivbetten und Schutzkleidung für Hilfeleistende künstlich knapp gehalten werden, dass qualifiziertes Personal fehlt und/oder schlecht bezahlt ist, dass Krankenhäuser geschlossen werden oder unterfinanziert sind, dass Menschen in Altenheimen schlecht betreut und allein gelassen werden, aber auch, dass Millionen von Menschen aufgrund des Einkommenswegfalls innerhalb kürzester Zeit in existentielle Not geraten – all das ist Ergebnis eines wirtschaftlichen Regimes, das die Akkumulation von Kapital, den Profit über das Wohl

der Menschen stellt. So sahen sich etwa gerade die beiden besonders betroffenen Länder Italien und Spanien in den letzten Jahren dazu gezwungen, essenzielle Infrastrukturen zu privatisieren und Sozial- und Gesundheitsausgaben einzusparen. Ähnlich sieht es in Grossbritannien aus, wo zwanzig Jahre Austerität lokale Regierungen und öffentliche Dienstleistungen so geschwächt haben, dass selbst bei einer normalen Grippewelle das Gesundheitssystem NHS kollabiert. Wie in den USA bedeutet die Krise auch in Grossbritannien für viele Menschen den Ruin: «Es bedurfte eines Virus», so der linke Autor und Kommentator Owen Jones, «um eine verdammte Anklage gegen unsere gesamte Gesellschaftsordnung öffentlich zu machen: Millionen von Menschen in einer reichen Nation sind immer einen Gehaltsscheck entfernt von extremer Not».

Warum also applaudieren die Menschen den Regierungen, die mit ihrer kapitalfreundlichen Politik die jetzige Situation mit zu verantworten haben? Warum werfen sich die Bürger*innen in die Arme des Staates, anstatt ihn für sein Verfehlungen verantwortlich zu machen? Der französische Philosoph Jacques Rancière hat sich im Zuge des Hitzesommers 2003 in seinem lesenswerten Artikel *Lessence de l'Etat contemporain*, der vor wenigen Tagen erneut publiziert wurde, mit genau dieser Frage beschäftigt. Im Hitze-Sommer 2003 hatte die französische Regierung den Notstand ausgerufen, um älteren Menschen, die in Not waren, zu helfen. Gleichzeitig versuchte die Regierung, Rentenkürzungen für diese Menschen durchzusetzen. Rancière sieht darin keinen Widerspruch, sondern eine auch für gegenwärtige Regierungspraxis in Corona-Zeiten zentrale Logik. Dadurch, dass viele Regierungen ihre wohlfahrtstaatlichen Institutionen den Marktgesetzen unterwarfen und sie auf Wettbewerb trimmten, trieben sie die systematische Desolidarisierung der Lohnabhängigen, der gesellschaftlichen sozialen Klassen und Gruppen voran. Der forcierte Umbau von Gesellschaften zu Wettbewerbsgesellschaften und die damit einhergehende Entmachtung horizontaler Solidarnetzwerke, so Rancière, haben dazu geführt, dass Staaten Beziehungen nicht mehr zu sozialen Gruppen unterhielten, sondern nur noch zu Individuen. Diese wiederum seien auf sich selbst gestellt. Wenn aber der Einzelne sich allein um sich selbst zu sorgen und zu schützen hat, wenn also alles – auch das Risikomanagement – eine Frage der Eigenverantwortung ist, dann nehme die Verletzlichkeit des Einzelnen gegenüber externen Bedrohungslagen zu. In Krisen- und Gefahrenzeiten (Terrorismus, Pandemie, Wirtschaftskrisen etc.), so Rancière, bleibe den Individuen als letzter Adressat ihrer Forderungen und Ängste nur noch der Staat übrig: «Au moment où l'État décide d'en faire moins pour notre santé, il se reconnaît responsable en bloc à l'égard de notre vie, de sa durée et de sa protection contre tous les fléaux qui peuvent la menacer.»

In der Corona-Krise, so lassen sich Rancières Bemerkungen aktualisieren, reiten die Regierungen auf einer Welle der Angst vor den Folgen jener Knappheit im Gesundheits- oder Sozialbereich, für die sie selbst verantwortlich sind. Je mehr sich der Staat aus dem öffentlichen Leben zurückzieht, desto exponierter ist der Einzelne gegenüber den Gefahren des Lebens, gegenüber Kriminalität, Terrorismus, Krankheiten usw. geworden. In Krisenzeiten ist es der Staat, der als Retter in der Not auf den Plan tritt: Kehrt er in die öffentliche Arena zurück, ist ihm der

Beifall der Menschen gewiss. Das Gefühl der extremen Unsicherheit, welches viele Menschen momentan umtreibt, wäre dann nicht einfach etwas, das zufällig mit in Zeiten von Corona auftritt und danach wieder verschwindet, es ist, so folgt man Rancière, vielmehr ein zentraler politischer Mechanismus, um Gesellschaften zu regieren.

Die Realisierung des politisch Unbequemen

In der Krise schlägt nicht nur die Stunde der Regierungschefs und der Ministerien, Krisen sind immer (auch) Laboratorien, in denen neue Regierungsweisen ausgetestet und neu tariert werden. Sie eröffnen Gelegenheitsfenster, um neue Handlungsspielräume zu erschliessen, politische Prioritäten zu setzen und über konstitutionelle Bedenken hinweg Entscheidungsmacht neu zu sortieren. Die Finanzkrise von 2007/08 liefert ein aussagekräftiges Beispiel dafür, wie in Zeiten politischer Dringlichkeit neue Ausnahmebefugnisse durchgesetzt und, wie etwa beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder dem europäischen Fiskalpakt, auf Dauer gestellt werden. Unter Zeitdruck und im Sinne einer «ungeschriebenen Notstandsverfassung» wurden in der Folge der Finanzkrise europarechtliche Gesetzgebungsverfahren umgangen und Organe geschaffen, die völlige Immunität geniessen und ausserhalb jeder parlamentarischen Kontrolle stehen. Die Situation während der Finanzkrise 2007/08 ist freilich nur begrenzt mit der gegenwärtigen Situation vergleichbar. Aufgrund der existentiellen Bedrohung stossen die Notstandsmassnahmen auf grosse Zustimmung in der Bevölkerung. Zum Shutdown scheint es keine Alternative zu geben. Dennoch lässt sich nicht übersehen, dass es auch in Zeiten von Corona Versuche seitens der Regierungen gibt, ihre Macht auszuweiten. Dazu gehört etwa, dass in Marokko die Corona-bedingte Ausgangssperre mit Panzern in den Straßen und harschen militärischen Mitteln durchgesetzt wird; dass die PiS in Polen die Demokratie demontiert und über Nacht einen Staatsstreich vollzieht; dass in New York der Gouverneur Andrew Cuomo die Krise dazu nutzt, um eine Reform des Strafrechtssystems rückgängig zu machen; dass in Israel prominente Stimmen davon sprechen, dass Benjamin Netanyahu unter dem Vorwand der Covid-19-Bekämpfung einen „Coup“ durchführe; dass Victor Orbán in Ungarn den Übergang zur Regierung per Dekret plant; dass Emmanuel Macron den Lockdown dazu nutzt, um ihm unliebsame Arbeitsschutzrichtlinien zu unterwandern; dass in den USA Justizminister Barr eine Anordnung anstrebt, wonach Gefangene auch ohne Gerichtsverfahren auf unbestimmte Zeit festgehalten werden können – oder auch dass in Deutschland, wo ein neuer Paragraph im Bundesgesetz es den Bundesländern ermöglicht, per Notverordnung Gesetze des Bundestags zu ändern, dies von Bayern auch gleich praktiziert wird. Dazu gehört aber auch, dass zum Beispiel die Speicherung und Auswertung von Bewegungsdaten aller, die ein Handy in der Tasche tragen, nach der Krise wohl nicht unbedingt so leicht wieder in den Bereich des bloss technisch Denk-baren zurückgestuft wird. Damit wird eines deutlich: Unabhängig von der unbestritten notwendigen Notstandspolitik der Regierungen in Europa und anderswo sind wir dazu verpflichtet, die Macht des Staates argwöhnisch im Auge zu behalten.

Zur Person: Sandro Liniger ist Historiker und Denknetz-Mitglied.